

An die
Bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher
Der Fraktionen im Abgeordnetenhaus Berlin

Wahlprüfsteine für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016

Der Interessenverband Berliner Schulleitungen e.V. (IBS) hat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus Wahlprüfsteine entwickelt, um zu erfragen, mit welchen Strategien und Lösungsvorstellungen die Wahlkandidaten den vielfältigen Problemen der Berliner Schule begegnen wollen

1. Berliner Schulleitungen sehen sich seit Jahren stetig wachsenden Belastungen durch neue Arbeitsbereiche und die Übernahme von stetig wachsenden Aufgaben im administrativen Bereich ausgesetzt, während gleichzeitig oft mangelhafte Ressourcen bei Personal und Ausstattungen und zudem erschwerte Arbeitsbedingungen professionelles Schulleitungshandeln unnötig erschweren.
2. Die Berliner Grundschule hat nicht erst seit heute mit vielfältigen Problemen zu kämpfen. Die größten Schwierigkeiten sind die derzeit häufig fehlende Besetzung von Planstellen für die ständigen Vertreter, oft aber auch für Schulleitungspositionen. Die Ursachen sieht unser Verband vor allem in der unzureichenden Besoldung als auch in der nach wie vor unzureichenden Leitungszeit insbesondere für die ständigen Vertreter. Erschwerend für eine qualifizierte Leitungstätigkeit erweist sich außerdem ein nicht vorhandenes mittleres Management.

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diese Probleme einer nachhaltigen Lösung zuführen?

Antwort:

Eine Verbesserung der in Frage 1 und 2 angesprochenen Probleme zählen zu den Schwerpunkten, denen sich die CDU angenommen hat, seit sie wieder Regierungskoalition beteiligt ist. Auf unsere Initiative wurde der Antrag „Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter in Berlin“, Drs. 17/2808 (<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-2808.pdf>), im März 2016 verabschiedet. Wichtigste Punkte in diesem Antrag aus unserer Sicht sind: Straffung der Besetzungsverfahren, Zeitplan zur Besetzung freier Stellvertreter- und

Funktionsstellen (= mittleres Management), Aufwertung der Arbeit des stv. Schulleiters dahingehend, dass er während der Vertretungszeit Leiterbezüge, begleitende Beratung und deutliches Plus in Personalakte bekommen soll.

Schulleiter müssen durch ein nicht-pädagogisches Verwaltungsteam bei administrativen Aufgaben entlastet werden. Deshalb haben wir in dieser Legislatur erstmals die Posten von Verwaltungsleitern, von Hausmeisterassistenten und IT-Experten geschaffen.

Um die Übernahme der Leiterstelle an Grundschulen attraktiver zu machen, haben wir die Besoldung von Grundschulleiterinnen und -leitern angehoben (Drs. 17/2587).

3. Vor scheinbar unlösbaren Problemen steht die Berliner Grundschule aber auch wegen eklatanten Personalmangels. Zu Beginn des neuen Halbjahres konnten lediglich 120 Grundschulpädagogen eingestellt werden. Dieses Problem wird sich künftig noch verschärfen, da die Zahl der Studierenden in Berlin mit dem Ziel Grundschullehrer auch künftig absehbar unter dem Bedarf liegen wird.

Frage: Welche Pläne haben Sie, um diese Probleme kurz- und mittelfristig zu lösen?

Antwort:

Mit der von der Koalition aus SPD und CDU in dieser Legislatur durchgeführten Reform des Lehrkräftebildungsgesetzes hat die Grundschullehrerausbildung eine deutliche Aufwertung erfahren. Und da sie von der Länge her betrachtet nun der der Oberschullehrer gleichgestellt ist, und wir eine erfolgreiche Arbeit der Grundschullehrer als fundamental für den Bildungserfolg unserer Berliner Schüler erachten, sprechen wir uns auch für die Angleichung der Bezahlung der Grundschullehrer an die der Oberschullehrer aus. Dies sollte die Attraktivität des Berufs des Grundschullehrers maßgeblich steigern.

Des weiteren halten wir folgende Maßnahme für notwendig: Deutliche Ausweitung der Anzahl der Studienplätze, Auflage eines Stipendienprogramms für Studierende von Mangelfächern, die sich nach Abschluss verpflichten fünf Jahre in Berlin zu unterrichten, Wiedereinführung der Verbeamtung.

4. Laut Prognose der Schulsenatsverwaltung werden für das Schuljahr 2024/25 37.090 Schüler mehr erwartet als im Januar 2015. Für den Bezirk Lichtenberg beläuft sich die Prognose sogar auf einen Zuwachs von 47 % bis 2025.

Eine weitere Prognose geht von einem Einstellungsbedarf von 16.000 VZE bis zum Schuljahr 2023/24 aus.

Frage: Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Masterplan zur Bewältigung dieses Problems aussehen?

Antwort:

Damit eine der wachsenden Schülerzahl entsprechende Einstellung von Lehrkräften zu gewährleisten werden kann, muss dringend ein Personalentwicklungskonzept erstellt werden, das sowohl die Entwicklung der Potentiale der in Berlin unterrichtenden Lehrkräfte als auch eine Strategie für neu anzuwerbenden Lehrkräfte umfasst. Einer ständigen Absenkung des Qualifizierungsniveaus der an Berliner Schulen lehrenden Pädagogen wie sie von der SPD geführten Bildungsverwaltung derzeit praktiziert wird, erteilen wir eine klare Absage. Durch eine grundsätzliche Steigerung des Lehrerberufs durch u. a. das Angebot der Verbeamtung setzen wir darauf, den Personalpool insgesamt zu erhöhen (Ziel: 2500 Einstellungen pro Jahr) und damit langfristig eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung möglich zu machen. Wir wollen ebenfalls eine 105% Lehrerausstattung erreichen, so dass bspw. Vertretungen besser aufgefangen und damit Lehrer entlastet werden.

Zum Aspekt des zusätzlichen Raumbedarfs siehe Antwort Frage 5.

5. Die Schulsenatorin hat einen unbürokratischen Ausbau von modularen Ersatzbauten über einen Zeitraum von ca. vier Jahren angekündigt. Diese begrüßenswerte Initiative löst jedoch in keiner Weise die erheblichen Raumprobleme an zahlreichen Berliner Schulen. Nur allzu häufig sehen sich Schulleitungen genötigt, Regelklassen wie auch Willkommensklassen mit deutlich überhöhten Frequenzen einzurichten.

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie hier in den nächsten Jahren Abhilfe schaffen?

Antwort:

MEBs können in der Tat bestenfalls als mittelfristige Lösung als begrüßenswert bezeichnet werden, vor allem verweisen sie auf die eklatanten Versäumnisse und mangelnde Weitsicht der vergangenen Jahre, in der vielfach sogar Schulen geschlossen wurden. Schulneubau- und Sanierung müssen in Berlin komplett auf neue Füße gestellt werden. Die CDU befürwortet nicht die Schaffung von neuen Behörden oder Ebenen, sondern eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der bestehenden Schulträger, der Bezirke. Hierzu gehört eine deutliche Ausweitung und bessere Bezahlung der Mitarbeiter der bezirklichen Bauämter, eine feste, zweckgebundene, von einem Haushaltsjahr ins andere übertragbare Globalsumme für Schul(- und Sportstätten)bau- und Sanierung, die Bündelung aller finanziellen Ressourcen und die Abschaffung von Sonderprogrammen, sowie die Straffung der Kontrollen durch Senat und Parlament bzw. eine klare Aufgabenverteilung zwischen Landes- und Bezirksebene. Für die nächsten

die die Senatsschulverwaltung auf Ihrem Konto verzeichnen muss. Da MEBs in der Regel lediglich Unterrichtsräume anbieten, kann in ihnen keinesfalls eine langfristige Lösung für die umfassende Versorgung steigender Schülerzahlen über den gesamten Schulalltag hinweg gesehen werden. Um ausreichend Raum bspw. auch für Mensen zu bieten, muss Berlin möglichst schnell in Planung und Umsetzung zeitsparende Alternativen zu MEBs entwickeln. Eine Lösung wäre etwa in den bereits in München erfolgreich errichteten Lernhäusern zu erkennen. Ebenso kann durchaus an einer Standardisierung – bspw. im Bereich des Sporthallenbaus – festgehalten werden.

6. Der Zustrom von Flüchtlingskindern, aber auch die Folgen des Problems „Wachsende Stadt“ führen zu einer erheblichen Ausweitung des schulischen Verwaltungsaufwandes. Der IBS hält eine deutliche Ausweitung bzw. Neubestimmung der Arbeitszeitregelung sowie deutlich höhere Präsenzzeiten der Schulsekretärinnen ebenso dringend geboten wie eine weitere Aufstockung der Stellen für Verwaltungsleiter. Laut Staatssekretär Rackles ist jedoch über die 48 VZE hinaus an keine weitere Aufstockung gedacht.

Unser Verband erwartet, dass spätestens nach der Wahl die politischen Weichenstellungen für eine insgesamt höhere Präsenz des gesamten technischen Verwaltungspersonals einschließlich der Schulhausmeister erfolgen wird.

Frage: Für dieses Problemfeld besteht ein nicht aufschiebbarer Handlungsbedarf. Welche Vorstellungen zur Lösung dieses Problembereichs haben Sie?

Antwort:

Die CDU setzt sich auch in der kommenden Legislaturperiode dafür ein, den Personalschlüssel sowohl bei Lehr-, als auch bei Funktionsstellen am tatsächlichen Bedarf orientiert auszubauen. Mit der CDU werden künftig alle Schultypen gleichberechtigt behandelt. Eine Schlechterstellung einzelner Schulzweige wird es mit der CDU nicht geben! Wie bereits in der Antwort zu den Fragen 1 und 2 unter Verweis auf den Antrag Drs. 17/2808 geschildert, so hat die CDU auch in ihrem Regierungsprogramm den weiteren Ausbau von Unterstützerteams festgeschrieben.